

GESETZBLATT

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

2019

Ausgegeben Stuttgart, Freitag, 12. April 2019

Nr. 9

Tag	INHALT	Seite
4. 4. 19	Gesetz über das Wahl- und Stimmrecht von Personen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist	105
2. 4. 19	Verordnung der Landesregierung über den Betrieb von Drogenkonsumräumen	106
2. 4. 19	Verordnung der Landesregierung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege (Subdelegationsverordnung Justiz – SubVOJu)	109

Gesetz über das Wahl- und Stimmrecht von Personen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist

Vom 4. April 2019

Der Landtag hat am 3. April 2019 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Nach § 57 des Kommunalwahlgesetzes in der Fassung vom 1. September 1983 (GBl. S. 429), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19. Juni 2018 (GBl. S. 221, 223) geändert worden ist, wird folgender § 57a eingefügt:

»§ 57a

Wahl- und Stimmrecht von Personen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist

(1) Für die Wahlen der Gemeinderäte, der Ortschaftsräte, der Bezirksbeiräte, der Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart am 26. Mai 2019 finden § 14 Absatz 2 Nummer 2 der Gemeindeordnung, § 10 Absatz 4 Nummer 2 der Land-

kreisordnung und § 9 Absatz 2 Nummer 2 des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart keine Anwendung.

(2) Für Bürgermeisterwahlen, die im Zeitraum vom 26. Mai 2019 bis zum 24. Oktober 2021 stattfinden, findet § 14 Absatz 2 Nummer 2 der Gemeindeordnung keine Anwendung. Satz 1 gilt nicht für die Neuwahl des Bürgermeisters nach § 45 Absatz 2 der Gemeindeordnung, wenn die erste Wahl vor dem 26. Mai 2019 stattgefunden hat.

(3) Für Bürgerentscheide und Anhörungen der Bürger bei Grenzänderungen nach § 40, die im Zeitraum vom 26. Mai 2019 bis zum 24. Oktober 2021 stattfinden, findet § 14 Absatz 2 Nummer 2 der Gemeindeordnung keine Anwendung. Satz 1 gilt entsprechend für die Unterzeichnung von Bürgerbegehren nach § 41 Absatz 1 Satz 3 im Zeitraum vom Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes bis zum 24. Oktober 2021.«

Artikel 2

Änderung des Landtagswahlgesetzes

§ 7 Absatz 2 des Landtagswahlgesetzes in der Fassung vom 15. April 2005 (GBl. S. 384), das zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 23. Februar 2017 (GBl. S. 99, 100) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

»Satz 1 Nummer 2 findet bis zum 24. Oktober 2021 keine Anwendung.«

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

STUTTGART, den 4. April 2019

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

KRETSCHMANN

STROBL

SITZMANN

UNTERSTELLER

LUCHA

HAUK

WOLF

HERMANN

Verordnung der Landesregierung über den Betrieb von Drogenkonsumräumen

Vom 2. April 2019

Auf Grund von § 10a Absatz 2 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) in der Fassung vom 1. März 1994 (BGBl. I S. 359), das zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 2. Juli 2018 (BGBl. I S. 1078) geändert worden ist, wird verordnet:

§ 1

Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis

Eine Erlaubnis zum Betrieb von Drogenkonsumräumen kann in Stadtkreisen mit mehr als 300 000 Einwohnerinnen und Einwohnern erteilt werden. Die Erlaubnis kann auf Antrag von der obersten Landesgesundheitsbehörde erteilt werden, wenn die in § 2 aufgeführten Betriebszwecke verfolgt und die Mindeststandards nach den §§ 3 bis 11 eingehalten werden.

§ 2

Betriebszweck

(1) Drogenkonsumräume im Sinne von § 10a BtMG müssen der Gesundheits-, Überlebens- und Ausstiegshilfe für Drogenabhängige dienen und in das örtliche Sucht Helfenetzwerk eingebunden sein.

(2) Der Betrieb von Drogenkonsumräumen soll dazu beitragen,

1. die durch Drogenkonsum bedingten Gesundheitsgefahren zu senken, um damit insbesondere das Überleben von Abhängigen zu sichern,
2. die Behandlungsbereitschaft der Abhängigen zu wecken und dadurch den Einstieg in den Ausstieg aus der Sucht einzuleiten,
3. die Inanspruchnahme weiterführender insbesondere suchttherapeutischer Hilfen einschließlich der vertragsärztlichen Versorgung zu fördern und
4. die Belastungen der Öffentlichkeit durch konsumbezogene Verhaltensweisen zu reduzieren.

§ 3

Zweckdienliche Ausstattung

Drogenkonsumräume müssen mit Konsumplätzen für den intravenösen, inhalativen, nasalen oder oralen Konsum ausgestattet, von den übrigen Beratungseinrichtungen räumlich getrennt, barrierefrei zugänglich und nutzbar, ausreichend beleuchtet und stets vollständig einsehbar sein. Es sind gesonderte Wartebereiche einzurichten. Die Räume müssen die für den Drogenverbrauch wechselnder Personen notwendigen hygienischen Voraussetzungen erfüllen. Insbesondere müssen Wände, Ablageflächen und Böden sowie die Einrichtungsgegenstände abwaschbar und desinfizierbar sein. Die Räume müssen stets gut ent- und belüftet und in sauberem Zustand sein sowie regelmäßig desinfiziert werden. Steriles Einmalspritzbesteck, Tupfer, Ascorbinsäure und Injektionszubehör sowie geeignete Utensilien zum inhalativen, nasalen oder oralen Konsum sind in ausreichendem Umfang vorzuhalten. Eine sachgerechte Entsorgung gebrauchter Spritzbestecke und zum einmaligen Gebrauch bestimmter Konsumutensilien ist sicherzustellen. Den Nutzerinnen und Nutzern der Drogenkonsumräume sind geeignete sanitäre Anlagen zur Verfügung zu stellen.

§ 4

Gewährleistung der Notfallversorgung

- (1) Eine sofort einsatzfähige medizinische Notfallversorgung muss gewährleistet sein. Während der Öffnungszeiten von Drogenkonsumräumen sind die Nutzerinnen und Nutzer durch regelmäßig in der Notfall- und Drogennotfallversorgung geschultes Personal ständig zu beobachten, um im Bedarfsfalle sofortige Wiederbelebungsmaßnahmen oder eine Erstversorgung zu ermöglichen. Für jeden Drogenkonsumraum ist mindestens ein medizinischer Notfallkoffer bereitzuhalten.
- (2) Es muss sichergestellt sein, dass der Zugang zum Drogenkonsumraum für externe Rettungsdienste schnell und problemlos zu erreichen ist.
- (3) Die Einzelheiten der Notfallversorgung sind in einem medizinischen Notfallplan festzuhalten, der ständig zu

aktualisieren ist und dem Personal zur Verfügung stehen muss. Der Notfallplan beinhaltet auch Maßnahmen zum Unfallschutz und bei Verletzungen des Personals.

§ 5

Medizinische Beratung und Hilfe, Vermittlung von weiterführenden und ausstiegs- orientierten Angeboten der Beratung und Therapie

(1) Der Drogenkonsumraum muss personell so ausgestattet sein, dass die Abhängigen, insbesondere bei akuten oder chronischen Krankheiten, über Infektionsrisiken, Toxizität der verwendeten Betäubungsmittel, Maßnahmen zur Vorbeugung von Wundinfektionen sowie risikoärmere Konsumformen beraten werden können und im Bedarfsfall Krisenintervention geleistet werden kann. Es muss sichergestellt sein, dass ärztliche Hilfe und Beratung unverzüglich erfolgen können.

(2) Das Personal hat über eine suchtspezifische Erstberatung hinaus jeweils in der im konkreten Einzelfall angemessenen Weise über weitergehende und ausstiegsorientierte Beratungs- und Behandlungsangebote zu informieren und diese bei Bedarf zu vermitteln. Hierbei ist insbesondere auf die Risiken des Drogenkonsums bei gleichzeitiger Substitutionsbehandlung und die Notwendigkeit des Konsumverzichts hinzuweisen und auf die Inanspruchnahme der im Einzelfall notwendigen Hilfe hinzuwirken. Personen, die einen Entgiftungswunsch äußern, sind die notwendigen Hilfestellungen bei der Kontaktaufnahme zu geeigneten Einrichtungen zu gewähren.

§ 6

Maßnahmen zur Verhinderung von Straftaten

(1) Es ist eine mit den zuständigen Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden abgestimmte Hausordnung zu erlassen und gut sichtbar auszuhängen. Die Nutzerinnen und Nutzer sind darin ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, mit Ausnahme des Besitzes von ärztlich nicht verschriebenen Betäubungsmitteln gemäß § 8 Absatz 3 Satz 3 zum Eigenverbrauch in geringer Menge, auch innerhalb des Drogenkonsumraums nicht geduldet werden. Die Einhaltung der Hausordnung ist durch das Personal zu überwachen.

(2) Gegenüber dem Personal ist die Anweisung zu erlassen, dass die in Absatz 1 genannten und nicht geduldeten Straftaten unverzüglich zu unterbinden sind. Sofern dies erfolglos bleibt, ist das Personal oder die Leitung der Einrichtung verpflichtet, die Straftaten ausnahmslos zur Anzeige zu bringen. Festgestellte Straftaten und die jeweils ergriffenen Maßnahmen sind gesondert zu dokumentieren. Die Dokumentation ist auf Verlangen den zuständigen Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden auszuhändigen.

(3) Bei einem Verstoß gegen die Hausordnung sind die betreffenden Personen von der weiteren Nutzung auszuschließen. Über die Dauer des Nutzungsausschlusses entscheidet die Leitung der Einrichtung.

§ 7

Kooperation zur Verhinderung von Straftaten im unmittelbaren Umfeld der Einrichtung

Die Trägerorganisationen von Drogenkonsumräumen haben mit den zuständigen Polizei-, Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden Grundzüge ihrer Zusammenarbeit schriftlich festzulegen. Zu den Grundzügen der Zusammenarbeit gehört, dass die Leitung des Drogenkonsumraums regelmäßig Kontakt insbesondere zu den Polizei- und Ordnungsbehörden hält, um frühzeitig Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im unmittelbaren Umfeld des Drogenkonsumraums zu verhindern. Die Leitung des Drogenkonsumraums hat die einrichtungsbedingten Auswirkungen auf das unmittelbare räumliche Umfeld zu beobachten und zu dokumentieren.

§ 8

Nutzerinnen- und Nutzerkreis, Konsumstoffe und Konsumarten

(1) Nutzerinnen und Nutzer von Drogenkonsumräumen dürfen grundsätzlich nur volljährige Personen mit Betäubungsmittelabhängigkeit und Konsumerfahrung sein. Jugendlichen mit Betäubungsmittelabhängigkeit und Konsumerfahrung darf der Zugang nur dann gestattet werden, wenn die Zustimmung der Erziehungsberechtigten vorliegt oder sich das Personal im Einzelfall nach sorgfältiger Prüfung anderer Hilfemöglichkeiten vom gefestigten Konsumentenschluss überzeugt hat.

(2) Von der Benutzung des Drogenkonsumraumes sind auszuschließen:

1. offenkundige Erst- und Gelegenheitskonsumierende,
2. erkennbar intoxikierte Personen und
3. Personen, denen erkennbar die Einsichtsfähigkeit in die durch die Applikation erfolgende Gesundheitsschädigung fehlt.

(3) Die von den Nutzerinnen und Nutzern mitgeführten Betäubungsmittel sind einer Sichtkontrolle zu unterziehen. Eine nähere Substananalyse im Drogenkonsumraum zur Menge, Art und Zusammensetzung des Stoffes ist unzulässig. Der Konsum von Betäubungsmitteln im Drogenkonsumraum kann Opioide, Kokain, Amphetamine oder deren Derivate sowie Benzodiazepine betreffen und intravenös, inhalativ, nasal oder oral erfolgen.

(4) Das Nähere ist in der Hausordnung zu regeln.

§ 9

Dokumentation und Evaluation

Die Leitungen haben eine fortlaufende Dokumentation über den Betrieb der Drogenkonsumräume in anonymisierter Form und unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen sicherzustellen. Hierzu sind Tagesprotokolle zu fertigen, die insbesondere über Umfang und Ablauf der Nutzerinnen- und Nutzerkontakte, Zahl und Tätigkeit des eingesetzten Personals sowie alle besonderen Vorkommnisse Auskunft geben. Diese Protokolle sind in einem monatlichen Bericht zusammenzufassen und im Hinblick auf die Zielerreichung regelmäßig auszuwerten. Über die Ergebnisse sind die zuständigen Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten.

§ 10

Personal und Anwesenheitspflicht

Während der Öffnungszeiten ist die ständige Anwesenheit von ausreichendem Fachpersonal zu gewährleisten. Das Fachpersonal muss für die Erfüllung der in den §§ 3 bis 9 genannten Anforderungen fachlich ausgebildet sowie zuverlässig sein.

§ 11

Verantwortlichkeit

(1) Die Leitungen der Drogenkonsumräume sind sachkundige Person gemäß § 10a Absatz 2 Satz 2 Nummer 10 BtMG. Sie müssen fachlich ausgebildet und zuverlässig sein. Sie sind verantwortlich für die Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und der hierzu ergehenden behördlichen Auflagen und Anordnungen.

(2) Die Trägerorganisationen von Drogenkonsumräumen haben für die Einhaltung der in Absatz 1 genannten Anforderungen, Auflagen und Anordnungen ebenfalls Sorge zu tragen. Sie haben ferner sicher zu stellen, dass die Leitungen und das Personal weder selbst am Betäubungsmittelverkehr teilnehmen noch aktive Hilfe beim unmittelbaren Verbrauch der Betäubungsmittel leisten.

(3) Die Trägerorganisationen von Drogenkonsumräumen wirken an allgemeinen Maßnahmen zur Prävention von Drogenkonsum mit.

§ 12

Erlaubnisverfahren

(1) Der Antrag ist in doppelter Ausfertigung über die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister an die oberste Landesgesundheitsbehörde zu richten.

(2) Er muss die folgenden Angaben und Unterlagen enthalten:

1. Name und Anschrift der Trägerorganisation der Einrichtung,
 2. Name und Anschrift der vor Ort im Sinne von § 10a Absatz 2 Satz 2 Nummer 10 BtMG verantwortlichen Leitung des Drogenkonsumraums und deren Vertretung,
 3. Darstellung der räumlichen und baulichen Ausstattung der Einrichtung, insbesondere Adresse, Grundriss und Lageplan, Bauweise, Bestätigung der barrierefreien Zugänglichkeit und Nutzbarkeit sowie Sicherungen gegen missbräuchlichen Umgang mit Betäubungsmitteln,
 4. Darstellung des Beratungskonzepts gemäß § 5 Absatz 2,
 5. Darstellung der Einbeziehung in das Suchthilfe-netzwerk der Kommune,
 6. Benennung der in der Einrichtung zum Konsum zugelassenen Betäubungsmittel und Konsumarten,
 7. Nachweise über die Qualifikation der Leitung und des übrigen Personals sowie Erklärungen darüber, dass sie die ihnen obliegenden Verpflichtungen ständig erfüllen können,
 8. Nachweise der persönlichen Zuverlässigkeit,
 9. den Plan für die medizinische Notfallversorgung gemäß § 4 Absatz 3,
 10. eine Hausordnung gemäß § 6 Absatz 1,
 11. Zahl der voraussichtlichen Nutzerinnen und Nutzer und
 12. Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit den zuständigen Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden gemäß § 7.
- (3) Die Erlaubnis kann befristet und unter Bedingungen erteilt sowie mit Auflagen verbunden werden. Für Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis gilt § 10 BtMG entsprechend.

§ 13

Überwachung

Drogenkonsumräume können infektionshygienisch durch das Gesundheitsamt überwacht werden.

§ 14

Überprüfung der Auswirkungen der Rechtsverordnung

Die Auswirkungen dieser Rechtsverordnung werden nach einem Erfahrungszeitraum von drei Jahren durch die Landesregierung überprüft.

§ 15

Inkrafttreten, Befristung

Diese Verordnung tritt am 1. April 2019 in Kraft. Sie tritt am 31. März 2022 außer Kraft.

STUTTGART, den 2. April 2019

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

KRETSCHMANN

STROBL

SITZMANN

DR. EISENMANN

BAUER

UNTERSTELLER

LUCHA

HAUK

HERMANN

**Verordnung der Landesregierung zur
Übertragung von Ermächtigungen im
Bereich der Rechtspflege
(Subdelegationsverordnung Justiz –
SubVOJu)**

Vom 2. April 2019

INHALTSÜBERSICHT

ERSTER ABSCHNITT

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Umfang der Übertragung

ZWEITER ABSCHNITT

Gerichtsverfassung und Berufsrecht der Rechtspflege

§ 2 Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz

§ 3 Gerichtsverfassungsgesetz

§ 4 Rechtspflegergesetz

§ 5 Bundesnotarordnung

§ 6 Beurkundungsgesetz

§ 7 Rechtsdienstleistungsgesetz

DRITTER ABSCHNITT

Verfahrens- und Kostenrecht

§ 8 Zivilprozessordnung

§ 9 Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrtssachen

§ 10 Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung

§ 11 Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz

§ 12 Insolvenzordnung

§ 13 Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung

§ 14 Strafprozeßordnung

§ 15 Grundbuchordnung

§ 16 Grundbuchverfügung

§ 17 Schiffsregisterordnung

§ 18 Verordnung zur Durchführung der Schiffsregisterordnung

§ 19 Spruchverfahrensgesetz

§ 20 Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

§ 21 Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen

§ 22 Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz

§ 23 Erwachsenenschutzübereinkommens-Ausführungsgesetz

§ 24 Auslandsunterhaltsgesetz

§ 25 EU-Gewaltschutzverfahrensgesetz

§ 26 Internationales Güterrechtsverfahrensgesetz

§ 27 Arbeitsgerichtsgesetz

§ 28 Sozialgerichtsgesetz

§ 29 Verwaltungsgerichtsordnung

§ 30 Finanzgerichtsordnung

§ 31 Gesetz über den Zahlungsverkehr mit Gerichten und Justizbehörden

§ 32 Justizbeitreibungsgesetz

VIERTER ABSCHNITT

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

§ 33 Bürgerliches Gesetzbuch

§ 34 Unterlassungsklagengesetz

§ 35 Erbbaurechtsgesetz

§ 36 Adoptionswirkungsgesetz

§ 37 Handelsgesetzbuch

§ 38 Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz

§ 39 Umwandlungsgesetz

§ 40 Aktiengesetz

§ 41 Einführungsgesetz zum Aktiengesetz

§ 42 SE-Ausführungsgesetz

§ 43 Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

§ 44 Genossenschaftsgesetz

§ 45 Partnerschaftsgesellschaftsgesetz

§ 46 Schuldverschreibungsgesetz

§ 47 Wertpapierbereinigungsschlußgesetz

FÜNFTER ABSCHNITT

Gewerblicher Rechtsschutz, Vorschriften gegen den unlauteren Wettbewerb und Urheberrecht

§ 48 Patentgesetz

§ 49 Gebrauchsmustergesetz

§ 50 Markengesetz

§ 51 Gesetz zum Schutz des olympischen Emblems und der olympischen Bezeichnungen

§ 52 Halbleiterschutzgesetz

§ 53 Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

§ 54 Urheberrechtsgesetz

§ 55 Designgesetz

SECHSTER ABSCHNITT

Wirtschaftsrecht

§ 56 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

§ 57 Außenwirtschaftsgesetz

- § 58 Energiewirtschaftsgesetz
- § 59 Sortenschutzgesetz
- § 60 Marktorganisationsgesetz

SIEBTER ABSCHNITT

Strafrecht

- § 61 Jugendgerichtsgesetz
- § 62 Wirtschaftsstrafgesetz 1954
- § 63 Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

ACHTER ABSCHNITT

Sonstige Rechtsgebiete

- § 64 Transsexuellengesetz
- § 65 Baugesetzbuch
- § 66 Abgabenordnung
- § 67 Drittelbeteiligungsgesetz

NEUNTER ABSCHNITT

Schlussvorschriften

- § 68 Inkrafttreten; Aufhebung von Vorschriften

Es wird verordnet auf Grund von

1. § 16 a Absatz 3 Satz 2 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 300-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3546, 3547) geändert worden ist,
2. § 21 b Absatz 3 Satz 3 Halbsatz 3, § 22 c Absatz 2, § 23 d Satz 2, § 58 Absatz 1 Satz 2, § 71 Absatz 4 Satz 3, § 72 Absatz 2 Satz 3, § 74 c Absatz 3 Satz 2, § 74 d Absatz 1 Satz 2, § 78 Absatz 1 Satz 3, § 78 a Absatz 2 Satz 3, § 93 Absatz 2, § 116 Absatz 3, § 119 Absatz 3 Satz 3, § 121 Absatz 3 Satz 2, § 140 a Absatz 3 Satz 3 und Absatz 7 sowie § 157 Absatz 2 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1079), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist,
3. § 19 Absatz 1 Satz 2, § 20 Absatz 3, § 24 b Absatz 2, § 25 a Satz 2 in Verbindung mit § 20 Absatz 3 und § 36 b Absatz 1 Satz 2 des Rechtspflegergesetzes (RPfLG) in der Fassung vom 14. April 2013 (BGBl. I S. 781, ber. 2014 I S. 46), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2573, 2581) geändert worden ist,
4. § 6 Absatz 4 Satz 2, § 7 Absatz 5 Satz 2, § 9 Absatz 1 Satz 2, § 25 Absatz 2 Satz 1, § 65 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2, § 67 Absatz 3 Nummer 3 Satz 4, § 96 Absatz 4 Satz 3, § 100 Satz 2, § 111 a Satz 4 und § 112 Satz 2 der Bundesnotarordnung (BNotO) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618, 3620) geändert worden ist,
5. § 58 Absatz 3 Satz 3 des Beurkundungsgesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639, 2646) geändert worden ist,
6. § 19 Absatz 2 Satz 2 des Rechtsdienstleistungsgesetzes (RDG) vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121, 1143) geändert worden ist,
7. § 32 b Absatz 2 Satz 2, § 298 a Absatz 1 Satz 3, Absatz 1 a Satz 4, § 689 Absatz 3 Satz 3, § 703 c Absatz 3 Halbsatz 2, § 703 d Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 689 Absatz 3 Satz 3, § 802 k Absatz 3 Satz 2, § 814 Absatz 3 Satz 2, § 882 h Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 802 k Absatz 3 Satz 2, § 959 Absatz 2, § 1062 Absatz 5 Satz 1 Halbsatz 2, § 1069 Absatz 4, § 1074 Absatz 4, § 1077 Absatz 1 Satz 3 und § 1104 a Satz 2 der Zivilprozessordnung in der Fassung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3205, ber. 2006 I S. 431 und 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Januar 2019 (BGBl. I S. 54) geändert worden ist,
8. § 4 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrtssachen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-5, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 831, 866) geändert worden ist,
9. § 1 Absatz 2 Satz 2, § 163 Absatz 1 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 1 Absatz 2 Satz 2, § 168 Absatz 1 Satz 3 und § 170 a Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 163 Absatz 1 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 1 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-14, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 24. Mai 2016 (BGBl. I S. 1217, 1218) geändert worden ist,
10. § 6 Absatz 6 Satz 2, § 11 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 Satz 2 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes (KapMuG) vom 19. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2182), das zuletzt durch Artikel 24 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693, 1817) geändert worden ist,
11. § 2 Absatz 2 Satz 2, § 5 Absatz 4 Satz 4 und § 348 Absatz 3 Satz 2 der Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), die zuletzt durch Artikel 24 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693, 1817) geändert worden ist,
12. Artikel 102 § 1 Absatz 3 Satz 3 und Artikel 102 c § 1 Absatz 3 Satz 3 des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung (EGInsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juni 2017 (BGBl. I S. 1476, 1477) geändert worden ist,

13. § 32 Absatz 1 Satz 4 und Absatz 2 Satz 2 der Strafprozeßordnung (StPO) in der Fassung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639, 2646) geändert worden ist,
14. § 1 Absatz 3 Satz 2, § 7 Absatz 3 Satz 3, § 81 Absatz 4 Satz 4, § 126 Absatz 1 Satz 3, § 127 Absatz 1 Satz 4, § 131 Absatz 2 Satz 2, § 133 a Absatz 5 Satz 3, § 135 Absatz 3, § 140 Absatz 1 Satz 4, § 148 Absatz 2 Satz 4 Halbsatz 2 der Grundbuchordnung in der Fassung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1115), die zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745, 2752) geändert worden ist,
15. § 63 Satz 3 Halbsatz 2, § 67 Satz 2 und 3, § 74 Absatz 1 Satz 3, § 76 a Absatz 2 Satz 3, § 93 Satz 2, § 96 Absatz 3 Satz 3 und § 101 Satz 2 der Grundbuchverfügung (GBV) in der Fassung vom 24. Januar 1995 (BGBl. I S. 115), die zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745, 2752) geändert worden ist,
16. § 1 Absatz 2 Satz 2 und § 2 Absatz 3 Satz 2 jeweils auch in Verbindung mit § 65 Absatz 1, § 89 Absatz 4 Satz 4, § 92 Satz 3, § 93 Satz 1 der Schiffsregisterordnung in der Fassung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1134), die zuletzt durch Artikel 29 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208, 2226) geändert worden ist, in Verbindung mit § 126 Absatz 1 Satz 3, § 127 Absatz 1 Satz 4, § 131 Absatz 2 Satz 2, § 133 a Absatz 5 Satz 3 der Grundbuchordnung, sowie § 94 Absatz 3 und 5 der Schiffsregisterordnung in Verbindung mit § 140 Absatz 1 Satz 4 der Grundbuchordnung,
17. § 61 Absatz 1 Satz 3, § 73 Satz 2 und § 73 c Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit § 73 i Satz 2 der Verordnung zur Durchführung der Schiffsregisterordnung (SchRegDV) in der Fassung vom 30. November 1994 (BGBl. I S. 3632, ber. 1995 I S. 249), die zuletzt durch Artikel 30 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208, 2227) geändert worden ist,
18. § 12 Absatz 2 Satz 2 des Spruchverfahrensgesetzes (SpruchG) vom 12. Juni 2003 (BGBl. I S. 838), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586, 2704) geändert worden ist,
19. § 14 Absatz 4 Satz 3 und Absatz 4 a Satz 4, § 107 Absatz 3 Satz 2, § 260 Absatz 1 Satz 2, § 292 Absatz 2 Satz 4, § 347 Absatz 6, § 376 Absatz 2 Satz 2, § 378 Absatz 4 Satz 2 und § 387 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2587), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639, 2646) geändert worden ist,
20. § 8 Satz 3 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 317-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 27. August 2017 (BGBl. I S. 3295, 3297) geändert worden ist,
21. § 12 Absatz 3 Satz 2 des Internationalen Familienrechtsverfahrensgesetzes (IntFamRVG) vom 26. Januar 2005 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 31. Januar 2019 (BGBl. I S. 54, 55) geändert worden ist,
22. § 6 Absatz 2 Satz 2 des Erwachsenenschutzübereinkommens-Ausführungsgesetzes (ErwSÜAG) vom 17. März 2007 (BGBl. I S. 314), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2426, 2427) geändert worden ist,
23. § 27 Absatz 2 Satz 2, § 28 Absatz 2 Satz 2 und § 35 Absatz 2 Satz 2 des Auslandsunterhaltsgesetzes (AUG) vom 23. Mai 2011 (BGBl. I S. 898), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2018, 2020) geändert worden ist,
24. § 5 Absatz 3 Satz 2 des EU-Gewaltschutzverfahrensgesetzes (EUGewSchVG) vom 5. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1964),
25. § 3 Absatz 2 Satz 2, § 4 Absatz 3 Satz 2 auch in Verbindung mit § 21 Absatz 1 des Internationalen Güterrechtsverfahrensgesetzes (IntGüRVG) vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2573),
26. § 15 Absatz 2 Satz 2, § 17 Absatz 3, § 20 Absatz 1 Satz 2, § 34 Absatz 2 Satz 2, § 37 Absatz 2 in Verbindung mit § 20 Absatz 1 Satz 2, § 46 a Absatz 2 Satz 4, § 46 e Absatz 1 Satz 3 und Absatz 1 a Satz 4 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 854, ber. S. 1036), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151, 1154) geändert worden ist,
27. § 65 b Absatz 1 Satz 4 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) in der Fassung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2536), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151, 1155) geändert worden ist,
28. § 55 b Absatz 1 Satz 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 687), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151, 1154) geändert worden ist,
29. § 52 b Absatz 1 Satz 4 der Finanzgerichtsordnung (FGO) in der Fassung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 443, ber. S. 2262, 2002 I S. 679), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151, 1154) geändert worden ist,
30. § 1 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über den Zahlungsverkehr mit Gerichten und Justizbehörden vom 22. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3416), das zuletzt durch Artikel 175 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474, 1501) geändert worden ist,

31. § 1 Absatz 6 Satz 2 und § 2 Absatz 1 Satz 3 des Justizbeitragsgesetzes (JBeitrG) in der Fassung vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1927), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2094, 2095) geändert worden ist,
32. § 55 a Absatz 1 Satz 3, § 79 Absatz 5 Satz 4, § 979 Absatz 1 b Satz 2 Halbsatz 2, § 1059 a Absatz 1 Nummer 2 Satz 5 auch in Verbindung mit §§ 1059 e und 1098 Absatz 3 und § 1558 Absatz 2 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Fassung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 45, ber. S. 2909 und 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 31. Januar 2019 (BGBl. I S. 54, 56) geändert worden ist,
33. § 6 Absatz 2 Satz 2 des Unterlassungsklagengesetzes (UKlaG) in der Fassung vom 27. August 2002 (BGBl. I S. 3423, ber. S. 4346), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2446, 2488) geändert worden ist,
34. § 14 Absatz 4 Satz 3 des Erbbaurechtsgesetzes (Erbbaurechtsgesetz) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 403-6, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719, 3726) geändert worden ist,
35. § 5 Absatz 2 Satz 2 des Adoptionswirkungsgesetzes (AdWirkG) vom 5. November 2001 (BGBl. I S. 2953), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2010, 2014) geändert worden ist,
36. § 8 a Absatz 2 Satz 3 und § 9 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Handelsgesetzbuches in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (BGBl. I S. 1102, 1108) geändert worden ist,
37. § 66 Absatz 3 Satz 3 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG) vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693, 1803) geändert worden ist,
38. § 10 Absatz 5 Satz 2, auch in Verbindung mit § 30 Absatz 2 Satz 2, § 36 Absatz 1 Satz 1, § 44 Satz 1, § 48 Satz 1, § 56 in Verbindung mit § 48 Satz 1, § 60, § 73 in Verbindung mit § 60, § 78 Satz 1 in Verbindung mit § 60, § 81 Absatz 2, § 96 in Verbindung mit § 81 Absatz 2, § 100 Satz 1, § 122f Satz 1 Halbsatz 1 und § 125 Satz 1 des Umwandlungsgesetzes (UmwG) vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3210, ber. 1995 I S. 428), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2694) geändert worden ist,
39. § 99 Absatz 3 Satz 6, § 132 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 99 Absatz 3 Satz 6, § 148 Absatz 2 Satz 4, § 246 Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit § 148 Absatz 2 Satz 4, § 249 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4, § 250 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4, § 251 Absatz 3 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4, § 253 Absatz 2 in Verbindung mit § 249 Absatz 1 Satz 1, § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4, § 254 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4, § 255 Absatz 3 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4, § 256 Absatz 7 Satz 1 in Verbindung mit § 249 Absatz 1 Satz 1, § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4, § 257 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4, § 260 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 99 Absatz 3 Satz 6, § 275 Absatz 4 Satz 1 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4, § 293 c Absatz 2 des Aktiengesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2446, 2491) geändert worden ist, in Verbindung mit § 10 Absatz 5 Satz 2 UmwG, § 320 Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit § 293 c Absatz 2 des Aktiengesetzes und § 10 Absatz 5 Satz 2 UmwG sowie § 327 c Absatz 2 Satz 4 in Verbindung mit § 293 c Absatz 2 des Aktiengesetzes und § 10 Absatz 5 Satz 2 UmwG,
40. § 27 des Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1185), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 11. April 2017 (BGBl. I S. 802, 812) geändert worden ist, in Verbindung mit § 99 Absatz 3 Satz 6 des Aktiengesetzes,
41. § 17 Absatz 5 Satz 1 und § 32 Satz 1 des SE-Ausführungsgesetzes (SEAG) vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3675), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 10. Mai 2016 (BGBl. I S. 1142, 1151) geändert worden ist, jeweils in Verbindung mit § 251 Absatz 3, § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4 des Aktiengesetzes, § 31 Absatz 3 Satz 1 SEAG in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4 des Aktiengesetzes,
42. § 40 Absatz 5 Satz 2, § 51 b Satz 1 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4123-1 veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2446, 2492) geändert worden ist, in Verbindung mit § 132 Absatz 3 Satz 1 und § 99 Absatz 3 Satz 6 des Aktiengesetzes,
43. § 156 Absatz 1 Satz 1 des Genossenschaftsgesetzes (GenG) in der Fassung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2231), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2541, 2543) geändert worden ist, in Verbindung mit § 8 a Absatz 2 Satz 3 und § 9 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Handelsgesetzbuches,

44. § 5 Absatz 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes (PartGG) vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2565, 2568) geändert worden ist, in Verbindung mit § 8 a Absatz 2 Satz 3 und § 9 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Handelsgesetzbuches, sowie § 11 Absatz 3 Satz 3 des PartGG,
45. § 20 Absatz 3 Satz 3 Halbsatz 2 des Schuldverschreibungsgesetzes (SchVG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512), das zuletzt durch Artikel 24 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693, 1817) geändert worden ist, in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 4 des Aktiengesetzes,
46. § 37 Satz 2 des Wertpapierbereinigungsschlußgesetzes vom 28. Januar 1964 (BGBl. I S. 45), das zuletzt durch Artikel 202 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474, 1504) geändert worden ist,
47. § 143 Absatz 2 Satz 2 des Patentgesetzes in der Fassung vom 16. Dezember 1980 (BGBl. 1981 I S. 2), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3546, 3547) geändert worden ist,
48. § 27 Absatz 2 Satz 2 des Gebrauchsmustergesetzes (GebraMG) in der Fassung vom 28. August 1986 (BGBl. I S. 1456), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2541, 2543) geändert worden ist,
49. § 125 e Absatz 3 Satz 2 und § 140 Absatz 2 Satz 2 des Markengesetzes (MarkenG) vom 25. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3082, ber. 1995 I S. 156), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2357) geändert worden ist,
50. § 9 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zum Schutz des olympischen Emblems und der olympischen Bezeichnungen (OlympSchG) vom 31. März 2004 (BGBl. I 479), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3799, 3807) geändert worden ist,
51. § 11 Absatz 2 des Halbleiterschutzgesetzes (HalbSchG) vom 22. Oktober 1987 (BGBl. I S. 2294), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2541, 2544) geändert worden ist, in Verbindung mit § 27 Absatz 2 Satz 2 des GebrMG,
52. § 13 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) in der Fassung vom 3. März 2010 (BGBl. I S. 255), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 233, 235) geändert worden ist,
53. § 105 Absatz 3 des Urheberrechtsgesetzes vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. November 2018 (BGBl. I S. 2014) geändert worden ist,
54. § 52 Absatz 2 Satz 2 und § 63 Absatz 2 Satz 2 des Designgesetzes (DesignG) in der Fassung vom 24. Februar 2014 (BGBl. I S. 123), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2541, 2545) geändert worden ist,
55. § 89 Absatz 1 Satz 2, § 92 Absatz 1 Satz 2 und § 171 Absatz 4 Satz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1751, ber. S. 3245), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151, 1155) geändert worden ist,
56. § 22 Absatz 1 Satz 3 des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1482), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2789, 2802) geändert worden ist,
57. § 103 Absatz 1 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, ber. S. 3621), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2549, 2563, ber. 2018 I S. 472) geändert worden ist,
58. § 38 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 4 des Sortenschutzgesetzes in der Fassung vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3165), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872, 889) geändert worden ist,
59. § 38 Absatz 1 Satz 3 des Marktorganisationsgesetzes (MOG) in der Fassung vom 7. November 2017 (BGBl. I S. 3747), das zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 28. November 2017 (BGBl. I S. 3824) geändert worden ist,
60. § 33 Absatz 3 Satz 2, § 85 Absatz 2 Satz 3 und Absatz 3 Satz 4 sowie § 110 Absatz 1 in Verbindung mit § 85 Absatz 2 Satz 3 und Absatz 3 Satz 4 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) in der Fassung vom 11. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3428), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 27. August 2017 (BGBl. I S. 3295, 3296) geändert worden ist,
61. § 13 Absatz 1 Satz 3 des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 in der Fassung vom 3. Juni 1975 (BGBl. I S. 1314), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2648, 2649) geändert worden ist,
62. § 68 Absatz 3 Satz 3 und § 110 a Absatz 1 Satz 4 und Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 603), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2571) geändert worden ist,
63. § 2 Absatz 1 Satz 5 des Transsexuellengesetzes (TSG) vom 10. September 1980 (BGBl. I S. 1654), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2787) geändert worden ist,
64. § 219 Absatz 2 Satz 2 und § 229 Absatz 2 Satz 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3635),

65. § 391 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 4 und § 410 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 391 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 4 der Abgabenordnung (AO) in der Fassung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3869, ber. 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639, 2646) geändert worden ist,

66. § 1 Absatz 1 Nummer 3 und Nummer 5 des Drittelbeteiligungsgesetzes (DrittelbG) vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 24. April 2015 (BGBl. I S. 642, 658) geändert worden ist, in Verbindung mit § 99 Absatz 3 Satz 6 des Aktiengesetzes:

ERSTER ABSCHNITT

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Umfang der Übertragung

(1) Die in den §§ 2 bis 67 aufgeführten Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen werden im Umfang ihrer jeweils geltenden Fassung auf das Justizministerium übertragen.

(2) Soweit andere Vorschriften auf die in den nachfolgenden Paragraphen genannten Vorschriften verweisen, werden die hierin enthaltenen Ermächtigungen ebenfalls im Umfang ihrer jeweils geltenden Fassung auf das Justizministerium übertragen.

ZWEITER ABSCHNITT

Gerichtsverfassung und Berufsrecht der Rechtspflege

§ 2

Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz

Die Ermächtigung nach § 16 a Absatz 3 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz wird übertragen.

§ 3

Gerichtsverfassungsgesetz

Die Ermächtigungen nach § 21 b Absatz 3 Satz 3 Halbsatz 2, § 22 c Absatz 1 Satz 1, § 23 d Satz 1, § 58 Absatz 1 Satz 1, § 71 Absatz 4 Satz 1 und 2, § 72 Absatz 2 Satz 2, § 74 c Absatz 3 Satz 1, § 74 d Absatz 1 Satz 1, § 78 Absatz 1 Satz 1, § 78 a Absatz 2 Satz 1 und 2, § 93 Absatz 1 Satz 1, § 116 Absatz 2 Satz 1, § 119 Absatz 3 Satz 2, § 121 Absatz 3 Satz 1, § 140 a Absatz 3 Satz 2 und Absatz 7, § 157 Absatz 2 Satz 1 GVG werden übertragen.

§ 4

Rechtspflegergesetz

Die Ermächtigungen nach § 19 Absatz 1 Satz 1, § 20 Absatz 2, § 24 b Absatz 1, § 25 a Satz 2 in Verbindung mit § 20 Absatz 2 und § 36 b Absatz 1 Satz 1 RPflG werden übertragen.

§ 5

Bundesnotarordnung

Die Ermächtigungen nach § 6 Absatz 4 Satz 1, § 7 Absatz 5 Satz 2, § 9 Absatz 1 Satz 2, § 25 Absatz 2, § 65 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2, § 67 Absatz 3 Nummer 3 Satz 4, § 96 Absatz 4 Satz 2, § 100 Satz 1, § 111 a Satz 3 und § 112 Satz 1 BNotO werden übertragen.

§ 6

Beurkundungsgesetz

Die Ermächtigung nach § 58 Absatz 3 Satz 3 des Beurkundungsgesetzes wird übertragen.

§ 7

Rechtsdienstleistungsgesetz

Die Ermächtigung nach § 19 Absatz 2 Satz 1 RDG wird übertragen.

DRITTER ABSCHNITT

Verfahrens- und Kostenrecht

§ 8

Zivilprozessordnung

Die Ermächtigungen nach § 32 b Absatz 2 Satz 1, § 298 a Absatz 1 Satz 2 und 4, Absatz 1 a Satz 2 und 3, § 689 Absatz 3 Satz 1, § 703 c Absatz 3 Halbsatz 1, § 703 d Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 689 Absatz 3 Satz 1, § 802 k Absatz 3 Satz 1, § 814 Absatz 3 Satz 1, § 882 h Absatz 2 Satz 1, § 959 Absatz 1, § 1062 Absatz 5 Satz 1 Halbsatz 1, § 1069 Absatz 1 Nummer 2, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 1, § 1074 Absatz 2 und 3 Satz 1, § 1077 Absatz 1 Satz 2 und § 1104 a Satz 1 der Zivilprozessordnung werden übertragen.

§ 9

Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrtssachen

Die Ermächtigungen nach § 4 Absatz 1 Satz 1 und 2 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrtssachen werden übertragen.

§ 10

Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung

Die Ermächtigungen nach § 1 Absatz 2 Satz 1, § 163 Absatz 1 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 1 Absatz 2 Satz 1, § 168 Absatz 1 Satz 2 und § 170 a Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 163 Absatz 1 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 1 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung werden übertragen.

§ 11

Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz

Die Ermächtigungen nach § 6 Absatz 6 Satz 1 und § 11 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 1 KapMuG werden übertragen.

§ 12

Insolvenzordnung

Die Ermächtigungen nach § 2 Absatz 2 Satz 1, § 5 Absatz 4 Satz 2 und § 348 Absatz 3 Satz 1 InsO werden übertragen.

§ 13

Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung

Die Ermächtigungen nach Artikel 102 § 1 Absatz 3 Satz 2 und Artikel 102 c § 1 Absatz 3 Satz 2 EGIInsO werden übertragen.

§ 14

Strafprozeßordnung

Die Ermächtigungen nach § 32 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 2 Satz 1 StPO werden, auf die Einführung der elektronischen Aktenführung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften beschränkt, übertragen.

§ 15

Grundbuchordnung

Die Ermächtigungen nach § 1 Absatz 3 Satz 1, § 7 Absatz 3 Satz 1 und 2, § 81 Absatz 4 Satz 1, 2 und 5, § 126 Absatz 1 Satz 1, § 127 Absatz 1 Satz 1 bis 3, § 131 Absatz 2 Satz 1, § 133 a Absatz 5 Satz 1, § 135 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2, § 140 Absatz 1 Satz 3, § 148 Absatz 2 Satz 4 Halbsatz 1 der Grundbuchordnung werden übertragen.

§ 16

Grundbuchverfügung

Die Ermächtigungen nach § 63 Satz 3 Halbsatz 1, § 67 Satz 2 und 3, § 74 Absatz 1 Satz 3, § 76 a Absatz 2 Satz 1

und 2, § 93 Satz 1, § 96 Absatz 3 Satz 3 und § 101 Satz 1 GBV werden übertragen.

§ 17

Schiffsregisterordnung

Die Ermächtigungen nach § 1 Absatz 2 Satz 1 und § 2 Absatz 3 Satz 1 (jeweils auch in Verbindung mit § 65 Absatz 1), § 89 Absatz 4 Satz 1, 2 und 5, § 92 Satz 1 und 2, § 93 Satz 1 der Schiffsregisterordnung in Verbindung mit § 126 Absatz 1 Satz 1, § 127 Absatz 1 Satz 1 bis 3, § 131 Absatz 2 Satz 1, § 133 a Absatz 5 Satz 1 der Grundbuchordnung, nach § 94 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2 der Schiffsregisterordnung und nach § 94 Absatz 5 der Schiffsregisterordnung in Verbindung mit § 140 Absatz 1 Satz 3 der Grundbuchordnung werden übertragen.

§ 18

Verordnung zur Durchführung der Schiffsregisterordnung

Die Ermächtigungen nach § 61 Absatz 1 Satz 3, § 73 Satz 1 und § 73 c Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit § 73 i Satz 1 SchRegDV werden übertragen.

§ 19

Spruchverfahrensgesetz

Die Ermächtigung nach § 12 Absatz 2 Satz 1 SpruchG wird übertragen.

§ 20

Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Die Ermächtigungen nach § 14 Absatz 4 Satz 1, 2 und 4, Absatz 4 a Satz 2 und 3, § 107 Absatz 3 Satz 1, § 260 Absatz 1 Satz 1, § 292 Absatz 2 Satz 1, § 347 Absatz 4 Satz 3 und Absatz 5 Satz 2, § 376 Absatz 2 Satz 1, § 378 Absatz 4 Satz 1 und § 387 Absatz 1 Satz 1 FamFG werden übertragen.

§ 21

Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen

Die Ermächtigung nach § 8 Satz 1 und 2 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen wird übertragen.

§ 22

Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz

Die Ermächtigung nach § 12 Absatz 3 Satz 1 IntFamRVG wird übertragen.

§ 23

Erwachsenenschutzübereinkommens-Ausführungsgesetz

Die Ermächtigung nach § 6 Absatz 2 Satz 1 ErwSÜAG wird übertragen.

§ 24

Auslandsunterhaltsgesetz

Die Ermächtigungen nach § 27 Absatz 2 Satz 1, § 28 Absatz 2 Satz 1 und § 35 Absatz 2 Satz 1 AUG werden übertragen.

§ 25

EU-Gewaltschutzverfahrensgesetz

Die Ermächtigungen nach § 5 Absatz 3 Satz 1 EU-GewSchVG werden übertragen.

§ 26

Internationales Güterrechtsverfahrensgesetz

Die Ermächtigungen nach § 3 Absatz 2 Satz 1 und § 4 Absatz 3 Satz 1 (in Verbindung mit § 21 Absatz 1) IntGüRVG werden übertragen.

§ 27

Arbeitsgerichtsgesetz

Die Ermächtigungen nach § 15 Absatz 2 Satz 1, § 17 Absatz 2, § 20 Absatz 1 Satz 1, § 34 Absatz 2 Satz 1, § 37 Absatz 2 in Verbindung mit § 20 Absatz 1 Satz 1, § 46 a Absatz 2 Satz 2, § 46 e Absatz 1 Satz 2 und 4, Absatz 1 a Satz 2 und 3 des Arbeitsgerichtsgesetzes werden übertragen.

§ 28

Sozialgerichtsgesetz

Die Ermächtigung nach § 65 b Absatz 1 Satz 2, 3 und 5 SGG wird übertragen.

§ 29

Verwaltungsgerichtsordnung

Die Ermächtigung nach § 55 b Absatz 1 Satz 2, 3 und 5 VwGO wird übertragen.

§ 30

Finanzgerichtsordnung

Die Ermächtigung nach § 52 b Absatz 1 Satz 2, 3 und 5 FGO wird übertragen.

§ 31

Gesetz über den Zahlungsverkehr mit Gerichten und Justizbehörden

Die Ermächtigung nach § 1 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über den Zahlungsverkehr mit Gerichten und Justizbehörden wird übertragen.

§ 32

Justizbeitreibungsgesetz

Die Ermächtigungen nach § 1 Absatz 6 Satz 1 und § 2 Absatz 1 Satz 2 JBeitrG werden übertragen.

VIERTER ABSCHNITT

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

§ 33

Bürgerliches Gesetzbuch

Die Ermächtigungen nach § 55 a Absatz 1 Satz 1, § 79 Absatz 5 Satz 3, § 979 Absatz 1 b Satz 2 Halbsatz 1 in Verbindung mit Satz 1 BGB, soweit der Geschäftsbereich des Justizministeriums betroffen ist, § 1059 a Absatz 1 Nummer 2 Satz 4 (in Verbindung mit §§ 1059 e und 1098 Absatz 3) und § 1558 Absatz 2 Satz 1 BGB werden übertragen.

§ 34

Unterlassungsklagengesetz

Die Ermächtigung nach § 6 Absatz 2 Satz 1 UKlaG wird übertragen.

§ 35

Erbbaurechtsgesetz

Die Ermächtigung nach § 14 Absatz 4 Satz 1 und 2 ErbbauRG wird übertragen.

§ 36

Adoptionswirkungsgesetz

Die Ermächtigung nach § 5 Absatz 2 Satz 1 AdWirkG wird übertragen.

§ 37

Handelsgesetzbuch

Die Ermächtigungen nach § 8 a Absatz 2 Satz 1 und 2 sowie § 9 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 1 des Handelsgesetzbuches werden übertragen.

§ 38

Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz

Die Ermächtigungen nach § 66 Absatz 3 Satz 1 und 2 WpÜG werden übertragen.

§ 39

Umwandlungsgesetz

Die Ermächtigungen nach § 10 Absatz 5 Satz 1 auch in Verbindung mit § 30 Absatz 2 Satz 2, § 36 Absatz 1 Satz 1, § 44 Satz 1, § 48 Satz 1, § 56 in Verbindung mit § 48 Satz 1, § 60, § 73 in Verbindung mit § 60, § 78 Satz 1 in Verbindung mit § 60, § 81 Absatz 2, § 96 in Verbindung mit § 81 Absatz 2, § 100 Satz 1, § 122f Satz 1 Halbsatz 1 und § 125 Satz 1 UmwG werden übertragen.

§ 40

Aktiengesetz

Die Ermächtigungen nach § 99 Absatz 3 Satz 5, § 132 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 99 Absatz 3 Satz 5, § 148 Absatz 2 Satz 3, § 246 Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit § 148 Absatz 2 Satz 3, § 249 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3, § 250 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3, § 251 Absatz 3 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3, § 253 Absatz 2 in Verbindung mit § 249 Absatz 1 Satz 1, § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3, § 254 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3, § 255 Absatz 3 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3, § 256 Absatz 7 Satz 1 in Verbindung mit § 249 Absatz 1 Satz 1, § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3, § 257 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3, § 260 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 99 Absatz 3 Satz 5, § 275 Absatz 4 Satz 1 in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3, § 293 c Absatz 2 des Aktiengesetzes in Verbindung mit § 10 Absatz 5 Satz 1 UmwG, § 320 Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit § 293 c Absatz 2 des Aktiengesetzes und § 10 Absatz 5 Satz 1 UmwG und § 327 c Absatz 2 Satz 4 in Verbindung mit § 293 c Absatz 2 des Aktiengesetzes und § 10 Absatz 5 Satz 1 UmwG werden übertragen.

§ 41

Einführungsgesetz zum Aktiengesetz

Die Ermächtigung nach § 27 des Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz in Verbindung mit § 99 Absatz 3 Satz 5 des Aktiengesetzes wird übertragen.

§ 42

SE-Ausführungsgesetz

Die Ermächtigungen nach § 17 Absatz 5 Satz 1 und § 32 Satz 1 SEAG, jeweils in Verbindung mit § 251 Absatz 3, § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3 des Aktiengesetzes sowie § 31 Absatz 3 Satz 1 SEAG in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3 des Aktiengesetzes werden übertragen.

§ 43

Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Die Ermächtigungen nach § 40 Absatz 5 Satz 1, § 51 b Satz 1 GmbHG in Verbindung mit § 132 Absatz 3 Satz 1 und § 99 Absatz 3 Satz 5 des Aktiengesetzes werden übertragen.

§ 44

Genossenschaftsgesetz

Die Ermächtigungen nach § 156 Absatz 1 Satz 1 GenG in Verbindung mit § 8 a Absatz 2 Satz 1 und 2 und § 9 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 1 des Handelsgesetzbuches werden übertragen.

§ 45

Partnerschaftsgesellschaftsgesetz

Die Ermächtigungen nach § 5 Absatz 2 PartGG in Verbindung mit § 8 a Absatz 2 Satz 1 und 2 und § 9 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 1 des Handelsgesetzbuches sowie nach § 11 Absatz 3 Satz 1 PartGG werden übertragen.

§ 46

Schuldverschreibungsgesetz

Die Ermächtigung nach § 20 Absatz 3 Satz 3 Halbsatz 2 SchVG in Verbindung mit § 246 Absatz 3 Satz 3 und § 148 Absatz 2 Satz 3 des Aktiengesetzes wird übertragen.

§ 47

Wertpapierbereinigungsschlußgesetz

Die Ermächtigung nach § 37 Satz 1 des Wertpapierbereinigungsschlußgesetzes wird übertragen.

FÜNFTER ABSCHNITT

Gewerblicher Rechtsschutz, Vorschriften gegen den unlauteren Wettbewerb und Urheberrecht

§ 48

Patentgesetz

Die Ermächtigungen nach § 143 Absatz 2 Satz 1 des Patentgesetzes werden übertragen.

§ 49

Gebrauchsmustergesetz

Die Ermächtigungen nach § 27 Absatz 2 Satz 1 GebrMG werden übertragen.

§ 50

Markengesetz

Die Ermächtigungen nach § 125e Absatz 3 Satz 1 und § 140 Absatz 2 Satz 1 MarkenG werden übertragen.

§ 51

Gesetz zum Schutz des olympischen Emblems und der olympischen Bezeichnungen

Die Ermächtigung nach § 9 Absatz 2 Satz 1 OlympSchG wird übertragen.

§ 52

Halbleiterschutzgesetz

Die Ermächtigungen nach § 11 Absatz 2 HalblSchG in Verbindung mit § 27 Absatz 2 Satz 1 GebrMG werden übertragen.

§ 53

Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

Die Ermächtigung nach § 13 Absatz 2 Satz 1 UWG wird übertragen.

§ 54

Urheberrechtsgesetz

Die Ermächtigungen nach § 105 Absatz 1 und 2 des Urheberrechtsgesetzes werden übertragen.

§ 55

Designgesetz

Die Ermächtigungen nach § 52 Absatz 2 Satz 1 und § 63 Absatz 2 Satz 1 DesignG werden übertragen.

SECHSTER ABSCHNITT

Wirtschaftsrecht

§ 56

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Die Ermächtigungen nach § 89 Absatz 1 Satz 1, § 92 Absatz 1 Satz 1 und § 171 Absatz 4 Satz 1 GWB werden übertragen.

§ 57

Außenwirtschaftsgesetz

Die Ermächtigung nach § 22 Absatz 1 Satz 2 AWG wird übertragen.

§ 58

Energiewirtschaftsgesetz

Die Ermächtigung nach § 103 Absatz 1 Satz 1 EnWG wird übertragen.

§ 59

Sortenschutzgesetz

Die Ermächtigungen nach § 38 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 4 des Sortenschutzgesetzes werden übertragen.

§ 60

Marktorganisationsgesetz

Die Ermächtigung nach § 38 Absatz 1 Satz 2 MOG wird übertragen.

SIEBTER ABSCHNITT

Strafrecht

§ 61

Jugendgerichtsgesetz

Die Ermächtigungen nach § 33 Absatz 3 Satz 1, § 85 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 3 sowie § 110 Absatz 1 in Verbindung mit § 85 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 3 JGG werden übertragen.

§ 62

Wirtschaftsstrafgesetz 1954

Die Ermächtigung nach § 13 Absatz 1 Satz 2 des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 wird übertragen.

§ 63

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

Die Ermächtigungen nach § 68 Absatz 3 Satz 1 und § 110a Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 2 Satz 1 OWiG werden, auf die Einführung der elektronischen Aktenführung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften beschränkt, übertragen.

ACHTER ABSCHNITT

Sonstige Rechtsgebiete

§ 64

Transsexuellengesetz

Die Ermächtigungen nach § 2 Absatz 1 Satz 3 und 4 TSG werden übertragen.

§ 65

Baugesetzbuch

Die Ermächtigungen nach § 219 Absatz 2 Satz 1 und § 229 Absatz 2 Satz 1 BauGB werden übertragen.

§ 66

Abgabenordnung

Die Ermächtigungen nach § 391 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 4 und § 410 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 391 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 4 AO werden übertragen.

§ 67

Dritteteilbeteiligungsgesetz

Die Ermächtigungen nach § 1 Absatz 1 Nummer 3 und Nummer 5 DrittelbG in Verbindung mit § 99 Absatz 3 Satz 5 des Aktiengesetzes werden übertragen.

NEUNTER ABSCHNITT

Schlussvorschriften

§ 68

Inkrafttreten; Aufhebung von Vorschriften

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. die Verordnung der Landesregierung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege (Subdelegationsverordnung Justiz – SubVOJu) vom 7. September 1998 (GBl. S.561), die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 24. April 2018 (GBl. S.139) geändert worden ist,
2. die Verordnung der Landesregierung zur Übertragung der Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 2 Absatz 1 Satz 2 des Justizbeitreibungsgesetzes vom 11. September 1995 (GBl. S.713), die durch Verordnung vom 25. September 2018 (GBl. S.357) geändert worden ist,
3. die Verordnung der Landesregierung zur Übertragung der Ermächtigungen nach den §§ 20 und 37 des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 24. September 2002 (GBl. S.370), die durch Artikel 13 der Verordnung vom 29. Oktober 2004 (GBl. S.810) geändert worden ist.

STUTTGART, den 2. April 2019

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

KRETSCHMANN

STROBL	SITZMANN
DR. EISENMANN	BAUER
UNTERSTELLER	LUCHA
HAUK	HERMANN

HERAUSGEBER

Staatsministerium Baden-Württemberg,
Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart.

SCHRIFTLEITUNG

Staatsministerium, Oberamtsrätin Ulrike Woche
Fernruf (07 11) 21 53-367
E-Mail: ulrike.wocher@stm.bwl.de

VERTRIEB

Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH,
Postfach 10 43 63, 70038 Stuttgart.

DRUCKEREI

Offizin Scheufele in Stuttgart.

BEZUGSBEDINGUNGEN

Laufender Bezug durch den Vertrieb, jährlich 75 Euro. Mehrwertsteuer wird nicht erhoben. Der Bezug kann zwei Monate vor dem 31. Dezember eines jeden Jahres gekündigt werden.

VERKAUF VON EINZELAUSGABEN

Einzelausgaben werden durch die Versandstelle des Gesetzblattes, Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH, Postfach 10 43 63, 70038 Stuttgart (Breitscheidstraße 69, 70176 Stuttgart), Fernruf (07 11) 6 66 01-43, Telefax (07 11) 6 66 01-34, abgegeben. Der Preis dieser Ausgabe beträgt 3,30 Euro (einschließlich Porto und Versandkosten). Mehrwertsteuer wird nicht erhoben.
